

# bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

## HORST VON HASSEL VERSTORBEN

\*24.05.1928 †05.06.2020

Der frühere Bremer Bildungssenator und ehemalige Bremerhavener Stadtrat für Bildung und Kultur, Horst von Hassel, ist im Alter von 92 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben. Horst war seit 1961 Mitglied der SPD und in den 70er Jahren stellvertretender Landesvorsitzender. 1979 wurde Horst Senator für Bildung, von 1983 bis 1991 war er als Stadtrat Dezernent für Bildung und Kultur in seiner Heimatstadt Bremerhaven. Horst von Hassel verließ die SPD im Jahr 2003 aus Verärgerung über die damalige Bildungspolitik, trat im September 2019 jedoch wieder in unsere Partei ein und hat damit in seine politische Heimat zurückgefunden. Das war ihm sehr wichtig. Horst hat sich um die Bildungspolitik im Land Bremen und um seine Heimatstadt Bremerhaven verdient gemacht. Wir werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.

## SPD LAND BREMEN BEGRÜSST KONJUNKTURPROGRAMM

**D**er Landesvorstand hat sich am 19. Juni 2020 in einer Videokonferenz mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung beschäftigt. Zu der Diskussion im Landesvorstand war auch unser Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans in die Videokonferenz geschaltet. Das Konjunkturprogramm umfasst 130 Milliarden Euro für mehr Zusammenhalt, für eine moderne, umweltfreundliche Wirtschaft und Industrie, gute Arbeitsplätze und starke soziale Sicherheit! Es wird einen wesentlichen Beitrag leisten, um die ökonomischen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie zu bekämpfen. „Wir können selbstbewusst sagen: Es macht einen ganz erheblichen Unterschied, wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung tragen. Dass jetzt viel Geld gerade für ärmere Familien und Alleinerziehende fließt, mit der Mehrwertsteuersenkung auf eine breite Wirkung gezielt wird, und gerade die Städte und Kommunen besondere Hilfen bekommen, ist ein Erfolg der SPD“ bewertet unsere Landesvorsitzende

Sascha Karolin Aulepp das Maßnahmenpaket. Der Landesvorstand begrüßt das Konjunkturpaket und hat einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst. Darin heißt es abschließend: „Die SPD Land Bremen erwartet von der Bundesregierung, dass sie die Maßnahmen schnell umsetzt, ihre Wirkung beobachtet und bei Bedarf nachsteuert. Die bereitstehenden Förderprogramme – z. B. für Kita- und Ganztagschulenausbau, Verwaltungsmodernisierung, ÖPNV, Klimaforschung oder Krankenhäuser – gilt es, für das Land Bremen zu nutzen. Die SPD Land Bremen erwartet vom Senat, dass er die Maßnahmen des Bremen-Fonds mit dem Bundes-Konjunkturprogramm synchronisiert und die Voraussetzungen dafür schafft, dass Bremen bestmöglich vom Konjunkturpaket profitiert.“ Unser Bürgermeister und Präsident des Senats, Andreas Bovenschulte, nahm ebenso an der Videokonferenz teil und betonte, dass der gesamte Senat genau hieran bereits mit ganzer Kraft arbeitet. ■ [www.spd-land-bremen.de/beschluesse](http://www.spd-land-bremen.de/beschluesse)

Foto oben: Unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp gemeinsam mit Muhammet Tokmak, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und Betriebsratsvorsitzender ArcelorMittal Bremen, bei der „Playmo-Demo“ der IG Metall für die Stahlwerker\*innen am 23. Juni 2020 in Bremen.



Das Jahrbuch 2018 – 2019 mit den Berichten des Landesvorstands, des Präsidenten des Senats, den Finanz- und Organisationsberichten sowie den Berichten der Bürgerschaftsfraktion und der Arbeitsgemeinschaften ist ab sofort online verfügbar: [tinyurl.com/jahrbuch1819](https://tinyurl.com/jahrbuch1819)

# DAS KONJUNKTURPAKET – EINE CHANCE FÜR BREMEN

Von Sarah Ryglewski, Parlamentarische Staatssekretärin und stellvertretende Landesvorsitzende

Die Koalitionspartner SPD und CDU/CSU haben ein beispielloses Konjunkturpaket im Gesamtvolumen von 130 Milliarden Euro beschlossen, das die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie entschlossen angeht. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus haben Beschäftigte und Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Nun muss die Wirtschaft schnell wieder auf die Beine kommen, die Weichen für die Zukunft müssen gestellt werden. Deshalb bringen wir jetzt schnelle und wirkungsvolle konjunkturelle Maßnahmen auf den Weg, die die Modernisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft gezielt fördern und dafür sorgen, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgeht. Davon wird auch das Land Bremen profitieren. Aufgrund der soliden Haushaltsführung der vergangenen Jahre und unserer tragfähigen sozialen Sicherungssysteme können wir uns das leisten. Diese Ausgaben sind jetzt aber auch nötig. Gegen die Krise anzusparsen wäre kurzsichtig, denn eine funktionierende Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Steuereinnahmen der Zukunft.

Das Konjunkturpaket trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift: Die Maßnahmen sollen schnell dort ankommen, wo sie gebraucht werden und wo sie die größte Wirkung entfalten können. Dabei stehen die Menschen im Mittelpunkt des Programms. Denn mit den direkten Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger kurbelt die Koalition die Konjunktur an und setzt Wachstumsimpulse für die Wirtschaft. Ein zentrales Instrument dafür ist die **Senkung der Umsatzsteuer** von 19 auf 16 bzw. von 7 auf 5 Prozent, die sich infolge sinkender Preise für Waren und Dienstleistungen positiv auf die Nachfrage auswirken wird. Davon profitieren insbesondere Menschen mit geringen Einkommen, die den meisten Teil ihres Geldes für ihren Lebensunterhalt ausgeben. Unsere Erwartungshaltung ist deshalb klar: Die Senkung der Umsatzsteuer soll auch tatsächlich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Die Wirtschaft sollte auch ein Eigeninteresse daran haben, dass es einen neuen Nachfrageimpuls durch Preissenkungen gibt. Außerdem herrscht gerade im deutschen Einzelhandel durch eine hohe Wettbewerbsintensität ein besonders hoher Druck, der für die Weitergabe der Entlastung an den Konsumenten spricht. Durch den **Kinderbonus** in Höhe von 300 Euro bekommen Familien



FOTO: MOERSCH/PIKABAY

mit kleinen und mittleren Einkommen mehr Geld in die Kasse – auch das wird sich auf die Nachfrage auswirken.

Der Großteil der öffentlichen Investitionen in Deutschland wird von den Kommunen getätigt, in Schulen, Kitas, Schwimmbäder, ÖPNV oder Bibliotheken. Mit dem **kommunalen Solidarpakt** sorgen wir dafür, dass die Städte und Gemeinden entlastet werden und weiter in die Daseinsvorsorge und in gute Lebensbedingungen vor Ort investieren können. So übernimmt der Bund künftig den größten Teil der Kosten für die Unterbringung von Grundsicherungsempfängern – und zwar dauerhaft. Das ist eine langfristig wirkende strukturelle Veränderung, die neue Handlungsspielräume für die Kommunen schafft – auch in Bremen, wo viele Menschen auf die Grundsicherung angewiesen sind. Des Weiteren gleicht der Bund gemeinsam mit den Ländern die krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle aus. Die Übernahme kommunaler Altschulden, die zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen würde, ist zwar an der Blockade der Union gescheitert, vom Tisch ist sie für uns aber deshalb nicht.

Das Paket wirkt insgesamt in die Breite, hilft aber auch gezielt Branchen, die es besonders schwer haben und bei denen noch nicht absehbar ist, wie lange sie von den Pandemie-Einschränkungen betroffen sein werden. Vor allem kleine und mittlere Betriebe, wie Clubs, Bars, Hotels, Gaststätten, Reisebüros oder Schausteller haben weiterhin mit erheblichen Umsatzeinbußen zu kämpfen und werden mit milliardenschweren **Überbrückungshilfen** unterstützt. Um die Liquidität von Unternehmen sicherzustellen, werden zudem Maßnahmen, wie die Verschiebung der Fälligkeit bei

der **Einfuhrumsatzsteuer**, ergriffen. Für Bremen als exportstarker Standort ist das eine gute Nachricht. Überdies erhalten Unternehmen für die Steuerjahre 2020 und 2021 befristet **verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten** für bewegliche Wirtschaftsgüter, wie etwa Maschinen. Außerdem wird die Möglichkeit, Verluste steuerlich mit Gewinnen des Vorjahres zu verrechnen, ausgeweitet.

Klar ist aber auch: Wir müssen anders aus der Krise kommen, als wir reingegangen sind. Deutschland ist wirtschaftlich stark, aber die Krise hat auch deutlich gemacht, wo Nachholbedarf besteht. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass aus den Konjunkturimpulsen nachhaltiges Wachstum wird. Mit **Investitionen in Zukunftstechnologien** legen wir den Grundstein dafür und machen unser Land wettbewerbsfähiger, ökologischer und lebenswerter. Zentral dafür ist die Energie- und Mobilitätswende, die etwa durch die Förderung klimafreundlicher Antriebe beschleunigt werden soll. Auch die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung oder die Bereitstellung von Geldern für Künstliche Intelligenz oder den Ausbau eines flächendeckenden 5G-Mobilfunknetzes sind wichtig, um die Modernisierung des Landes voranzutreiben und Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern – und zwar langfristig. Auch hier liegen für Bremen als breit aufgestelltem Wissenschafts- und Industriestandort große Chancen, etwa im Bereich „green flying“ oder der Wasserstoffstrategie.

Wir richten gemeinsam den Blick nach vorne und starten in eine neue Phase der Krisenbewältigung, um Deutschland wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen, der Arbeitsplätze und Wohlstand sichert. ■

## ZUR PERSON:

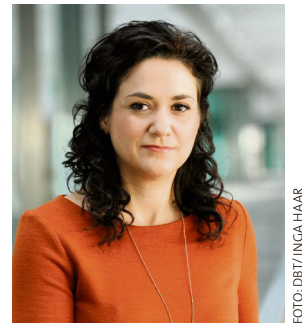


FOTO: DBT/INGA HAAR

**Sarah Ryglewski (37) war Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, ist seit 2015 Bundestagsabgeordnete für Bremen und seit September 2019 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen. Sie ist seit 2001 Mitglied der SPD und seit Juni 2010 stellvertretende Vorsitzende der SPD LAND BREMEN.**

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesorganisation  
Bremen  
Obernstraße 39–43  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/3 50 18-0  
Fax: 0421/3 50 18-37  
info-bremen@spd.de

**Redaktion:**  
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)  
Namentlich gezeichnete  
Beiträge werden von  
den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürger-  
schaftsfraktion Bremen,  
Marieke Meinhart  
(V.i.S.d.P.),  
Wachtstraße 27/29,  
28195 Bremen

# IHR BLICK WAR WEIT UND IHR HERZ GROSS

Ein Nachruf von Martin Günthner\* zum Tode von Brigitte Lückert



FOTO: SPD LAND BREMEN

**S**ie hat sich um Bremerhaven verdient gemacht – selten passte dieser Satz so gut wie bei Brigitte Lückert, die am 20. Mai im Alter von 77 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben ist: Im 50. Jahr ihrer Mitgliedschaft in der SPD – fünf Jahrzehnte voller Leidenschaft, Stil und Herzblut. Brigitte Lückert war eine aufrechte, zugewandte und leidenschaftliche Sozialdemokratin. Sie hat sich in vielfältiger Weise politisch eingebracht. Wenn sie ein Amt übernahm, dann nie als Selbst-

zweck, sondern immer als Auftrag zum tatkräftigen Einsatz. 2008 wurde sie Stadträtin und gehörte zuletzt ehrenamtlich dem Magistrat mit dem Aufgabenbereich Gesundheit und Seniorinnen und Senioren an. Von 2015 bis 2019 war sie die zweite Frau in der Bremerhavener Geschichte, die der Stadtverordnetenversammlung vorstand.

In der SPD, aber auch in öffentlichen Funktionen, war Brigitte eine engagierte Kämpferin, parteiübergreifend respektiert von allen Demokratinnen und Demokraten. Ihr Amt als Bremerhavener Stadtoberhaupt hat sie mit großer Würde geprägt. Trotz schwerer Erkrankung erfüllte sie ihre Aufgaben als erste Bürgerin mit Herzblut und Leidenschaft. Ich habe sie für diese gelebte Würde und diese ungebrochene Haltung sehr bewundert. 1943 in Breslau geboren, war Brigitte lange Jahre Direktorin der Humboldt-

schule. Ihr Beruf als Pädagogin war ihr zugleich auch politische Berufung, sich als Bildungspolitikerin zu engagieren: Lange Jahre war sie in unterschiedlichen Parteigremien auf Stadt- und Landesebene aktiv. Viele Menschen schätzten sie als zugewandte und mitfühlende, aber auch leidenschaftliche und mutige Kämpferin für die ihr wichtigen Anliegen: Dabei war ihr Blick weit und das Herz groß.

„Gute Politik beginnt mit dem Zuhören, ihm folgt das Nachdenken und dann die Entschlossenheit im Handeln“ – dieses Zitat von ihr beschreibt gut, was die Menschen an ihr schätzten: Ein offenes Ohr für alle, unbedingte Augenhöhe gegenüber jeder und jedem und absolute Verlässlichkeit, wenn ein Wort gegeben war. Ihre eigene Biographie, ihre große Lebenserfahrung und ihre Offenheit waren für Sie ein sicherer Kompass. Für ihr Lebenswerk gebührt ihr unser aller Respekt und unsere dankbare Anerkennung. Ihr Tod ist ein schmerzlicher Verlust für die SPD und unsere Stadt. Wir trauern mit ihrer Familie, der unsere herzliche Anteilnahme gilt, um eine liebe Freundin. ■

**Brigitte Lückert**  
\*15.02.1943 †20.05.2020

Die SPD im Land Bremen trauert um Brigitte Lückert. Sie ist am 20. Mai im Alter von 77 Jahren verstorben. Brigitte war im 50. Jahr ihrer SPD-Mitgliedschaft. Sie war langjähriges Mitglied des Landesvorstandes (2002–2016), dem Vorstand des Unterbezirks Bremerhaven gehörte sie von 1997 bis 2016 an. Brigitte war beruflich eine bemerkenswert engagierte Lehrerin (Schuldirektorin) und sie war eine überzeugte Bremerhavenerin: 2008 bis 2015 ehrenamtliche Stadträtin für Gesundheit, 2015 bis 2019 Stadtverordnetenvorsteherin, seit 2019 ehrenamtliche Stadträtin für die Bereiche Hilfen für Seniorinnen/Senioren, Gesundheitsamt, Betriebsärztlicher Dienst und Suchtkrankenhilfe.

\* Martin Günthner:  
Senator a. D., Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bremerhaven und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

— Anzeige —

**SCHLAGZAHL RAUF – MIT DEM KONJUNKTURPAKET RAUS AUS DER KRISE!**

**SPD**

**FÜR EURE GESUNDHEIT IN DER PARTEIARBEIT: Jetzt Community- und Einwegmasken bestellen!**

**SHOP.SP.DE**

**SPD.DE**

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

# WICHTIGE WEICHEN GESTELLT

## SPD-Fraktion stärkt die Quartiere

### INFO

#### HAUSHALT 2021: VERABSCHIEDUNG ERST IM HERBST

Entgegen der ursprünglichen Planung soll der Haushalt für das Jahr 2021 erst im Herbst verabschiedet werden. Hintergrund sind die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen. „Die Pandemie hat auch Folgen auf die Steuereinnahmen – in welchem Umfang ist derzeit aber noch nicht seriös abzuschätzen“, erklärt der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk. Daher habe der Senat den Vorschlag gemacht, vor der Verabschiedung des Haushalts des kommenden Jahres zunächst eine aktualisierte Steuerschätzung im September abzuwarten. „Diesen Vorschlag tragen wir als SPD-Fraktion gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern mit“, sagt Gottschalk, „denn erst dann ist realistischer abzuschätzen, wie hoch die Steuerausfälle sein werden.“ Der Sozialdemokrat betont aber auch: „Es kann dann bei der weiteren Beratung nur um die Einnahmeseite gehen, also darum, welche Ausfälle über den Bremen-Fonds, der die Folgen der Corona-Pandemie auffangen soll, ausgeglichen werden müssen und nicht darum, den Haushalt als Ganzes infrage zu stellen.“

**K**ein Haushalt verlässt die Bürgerschaft so, wie er eingebracht worden ist. Das ist eine alte parlamentarische Weisheit, die nichts anderes bedeutet, als dass die Regierungsfractionen am Haushaltsentwurf noch Änderungen vornehmen und eigene Schwerpunkte setzen. So war es auch in diesem Jahr.

„Der Senat hat mit kräftigen Investitionen in Bildung, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt die richtigen Schwerpunkte gesetzt“, sagt der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mustafa Güngör. „Aufbauend auf diesem guten Entwurf ist es uns mit unseren Koalitionspartnern gelungen, in entscheidenden Handlungsfeldern noch einmal wichtige Weichen zu stellen. Unsere Investitionen fließen in Initiativen für eine sichere und saubere Stadt, gute Bildung in den Quartieren und eine starke Wirtschaft.“

Als Beispiel nennt Güngör etwa den Ordnungsdienst. Hier fließt Geld in zehn weitere Stellen, sodass gemeinsam mit der bisher ohnehin schon vom Senat geplanten Aufstockung insgesamt eine Verdopplung des Personals erzielt



SPD-Fraktionsvorsitzender Mustafa Güngör

wird. Und diese Aufstockung soll insbesondere dazu dienen, in den Stadtteilen Huchting, Neustadt, Obervieland, Osterholz und Blumenthal die Abdeckung zu verbessern, damit der Ordnungsdienst dort nicht nur präsent ist, wenn er gerufen wird, sondern auch proaktiv vorgehen kann.

Auch die Polizei soll zusätzliche Stellen erhalten, um Kriminalität im Internet besser bekämpfen zu können. Und eine Million Euro erhält die Feuerwehr, damit der Sanierungsstau angegangen werden kann – insbesondere bei den freiwilligen Wehren.

Dies sei genauso ein Schwerpunkt wie weitere Investitionen im Bereich Kinder und Bildung, der bereits im Haushaltsentwurf des Senats mit 365 Millionen Euro zusätzlich in den kommenden beiden Jahren deutlich besser aufgestellt wurde. Zudem sind eine Aufstockung bei der Schulsozialarbeit und die Bereitstellung der nötigen Mittel, damit jede Index-Kita einen Sozialpädagogen erhält, vereinbart worden. „Damit setzen wir zusätzliche Akzente, die vor Ort direkt ankommen“, sagt Güngör. „Und wir stärken Teilhabe und sozialen Zusammenhalt in den Quartieren auch zum Beispiel dadurch, dass wir Begegnungsstätten und Bürgerhäuser besser ausstatten. Denn wir messen den Haushalt an dem, was bei den Menschen ankommt.“

Und um Verbesserungen vor Ort zu erreichen, seien nicht immer große Summen nötig, erklärt Güngör und nennt als Beispiel die Grundschule „Auf den Heuen“. „Dort hat die Schulleiterin ein Orchester etabliert – und wir unterstützen das mit Instrumenten“, sagt Güngör. „Insgesamt stärken wir die Quartiere mit mehreren Millionen Euro.“ ■

# GELD, DAS BEI DEN MENSCHEN ANKOMMT

## Weitere Beschlüsse der rot-grün-roten Koalitionsfraktionen

**Ü**ber die oben beschriebenen Schwerpunkte **Bildung, sichere und saubere Städte und soziale Teilhabe** hinaus hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Koalitionspartnern von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke Mitte Juni weitere Beschlüsse zum Haushalt gefasst. Unter anderem beschloss die Koalition:

Im Bereich **Soziales** gibt es zum Beispiel 200.000 Euro zusätzlich für **Begegnungszentren**. Damit sollen die interkulturelle Altenarbeit verbessert und die politische Teilhabe älterer Menschen gestärkt werden. Mehr Geld erhalten auch **offene Angebote für Kinder**, unter anderem werden die Budgets der Spielhäuser um je 10.000 Euro angehoben. Zusätzlich zu den bereits bestehenden **Quartiersbildungszentren** sollen weitere Einrichtungen in Bremerhaven und Blumenthal entstehen.

Im Bereich **Wissenschaft** soll ein erster Schritt hin zur **Abschaffung der Verwaltungsgebühren** an den Bremer Hochschulen gemacht werden. Um diese



zunächst von 62 auf 50 Euro pro Semester zu senken, werden 360.000 Euro bereitgestellt. Zudem fließen drei Millionen Euro in den **Ausbau der Hochschule Bremerhaven**.

**Sportvereine** leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration, zum Zusammenleben in den Quartieren und nicht zuletzt zu einem gesunden Leben. Die Koalitionsfraktionen unterstützen dies zum Beispiel, indem sie die **Übungsleiter\*innenpauschale** anheben und dafür 300.000 Euro bereitstellen. 220.000 Euro erhält auch das Programm **„Kids in die Clubs“**, das Familien hilft, die wenig Geld haben, aber keine Leistungen

aus dem Bundesteilhabepaket erhalten können – damit sie sich Vereinsmitgliedschaften leisten können.

Konkrete Verbesserungen in den Quartieren sind auch im Bereich **Gesundheit** geplant. So sollen mit der Bereitstellung von 400.000 Euro zusätzlich die Planung für ein **Hebammenzentrum** im Bremer Osten vorangetrieben und weitere Standorte in Blumenthal und Bremerhaven geplant werden. Der **Frauensgesundheitstreff Tenever** und der **Gesundheitstreffpunkt West** erhalten jeweils eine personelle Aufstockung um eine halbe Stelle (50.000 Euro). Zudem erhalten sie 20.000 Euro für Investitionen in die Modernisierung.

Im Bereich **Kultur** einigten sich die Fraktionen unter anderem darauf, dass das **Stadtteilkulturbudget** um 50.000 Euro erhöht wird. In **Bremerhaven** erhält das **Junge Theater** drei zusätzliche Stellen und der **Kunstverein** wird mit 400.000 Euro unterstützt. ■ **Alle Beschlüsse sind zu finden unter: [https://bit.ly/haushalt\\_fraktionen\\_20\\_21](https://bit.ly/haushalt_fraktionen_20_21)**